

Cannabis-Konsum in den Schulen

Lehrerschaft steht Liberalisierung kritisch gegenüber

Bekiffte Schülerinnen und Schüler bereiten dem Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) Sorgen. Er steht der geplanten Liberalisierung des Cannabis-Konsums deshalb kritisch gegenüber.



Immer mehr Jugendliche kiffen. (Foto: Keystone)

Klagen häufen sich

Die Klagen über bekiffte Schülerinnen und Schüler häuften sich, schreibt der LCH in einem Communiqué vom Mittwoch. Aus Sicht der LCH-Geschäftsleitung sprechen deshalb mehr Gründe für eine Beibehaltung des Status quo. Zwar sei es auch unter Drogenfachleuten umstritten, ob mit Prohibition der Konsum eingedämmt werden könne, räumt der LCH ein. Eine Liberalisierung würde jedoch die Schule sowohl in ihren präventiv-pädagogischen wie in ihren disziplinarischen Möglichkeiten deutlich schwächen.

Nicht nur Kiffen problematisch

Der LCH betont weiter, dass die Lehrerschaft über das Kiffen hinaus mit weiteren Problemen konfrontiert sei. Immer mehr Schülerinnen und Schüler würden in einer körperlichen Situation in der Schule erscheinen, die ein konzentriertes Arbeiten verunmögliche. Namentlich nennt der LCH ungenügende Ernährung, exzessiven Fernseh- und Computerkonsum sowie häufige Partybesuche. Die Schulen und deren Partner müssten sich Lösungen einfallen lassen, fordert der LCH weiter. Seriös lebende Kinder und Jugendliche dürften in ihrem Lernfortschritt nicht durch bekiffte und übermüdete Klassenkollegen beeinträchtigt werden.

Mehr personelle Mittel

Darüber hinaus fordert der LCH mehr personelle Mittel im Umgang mit Kiffen und ähnlichen Problemen. Nur so könne die pädagogisch nicht optimale Ausgrenzung von bekifften Schülerinnen und Schülern vermieden werden. Unbestritten sei der Präventionsauftrag der Schule, der meistens seriös wahrgenommen werde. Viel mehr als Aufklärung könne die Schule aber nicht betreiben. Sie sei keine Therapieanstalt und auch keine Ausnüchterungs-, Nachschlaf- und Nachfütterungszelle.

Ständerat legalisierte Cannabiskonsum

Im Dezember 2001 hatte der Ständerat als Erstrat im Rahmen der Revision des Betäubungsmittelgesetzes vorgeschlagen, den Cannabiskonsum zu legalisieren. Auch der Anbau von und Handel mit Hanf soll toleriert werden, wenn er nicht in gesundheitsschädigenden Mengen erfolgt. Derzeit befindet sich das Geschäft bei der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit. Sie will ihren Standpunkt Ende Januar erläutern. (sda/jch)